

Juso fordert Frauenhaus

Die Juso Schwyz verlangt dringende Massnahmen gegen häusliche Gewalt und Femizide. Sie hat sich am Freitag vor dem Regierungsgebäude versammelt.

«Angesichts der jüngsten Entwicklungen, einschliesslich einer Zunahme auf 170 gemeldete Fälle häuslicher Gewalt im Jahr 2023 und einer durchschnittlichen Dauer von zwei Tagen, drei Stunden und 32 Minuten zwischen den Vorfällen, fordert die Juso Schwyz dringend die Einrichtung eines kantons-eigenen Frauenhauses», schreibt die Jungpartei in einer Medienmitteilung.

Sie hat sich am Freitag anlässlich des feministischen Streiktags vor dem Schwyzer Regierungsgebäude versammelt, um auf die alarmierenden Zahlen von häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen im Kanton Schwyz aufmerksam zu machen. Dabei inszenierten die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten einen Tatort direkt vor dem Regierungsgebäude, um auf die Verantwortung der Politik und besonders des Regierungsrates gegenüber Betroffenen von häuslicher Gewalt aufmerksam zu machen. «Denn die Unterlassung von Hilfe und die Absenz von Massnahmen zum Schutz und zur Prävention führen», so die Juso Schwyz, «zu einer Mitverantwortung der steigenden Fälle von häuslicher Gewalt.»

Mehr als zwei Fälle pro Tag

Es sei «zutiefst beunruhigend, dass die Fälle häuslicher Gewalt im Kanton



Die Worte «Silence kills», also «Schweigen tötet», weisen auf die Gefahr hin, welche von Untätigkeit ausgeht.

Bild zvg

Schwyz weiterhin zunehmen, während gleichzeitig nur ein Bruchteil der Vorfälle gemeldet werden». Da schätzungsweise nur 20 Prozent der Fälle polizeilich erfasst würden, könne im Kanton Schwyz von 800 Fällen pro Jahr ausgegangen werden.

«Die Juso Schwyz fordert die Regierung des Kantons Schwyz nachdrücklich dazu auf, die Einrichtung eines

Frauenhauses als dringende Massnahme anzuerkennen und Gewalt gegen Frauen endlich ernst zu nehmen. Denn ein Frauenhaus bietet nicht nur Schutz vor akuter Gefahr, sondern unterstützt auch langfristig dabei, ein selbstständiges Leben aufzubauen und Gewaltspiralen zu durchbrechen», führt die Juso in der Mitteilung abschliessend aus. (pd/nad)